

DEUTSCHLAND

Atommüll: „Die Grenze ist erreicht“

Bestochene Kernkraft-Manager und geschmierte Kontrolleure haben für den größten Skandal in der Geschichte der deutschen Atomindustrie gesorgt. Ihre illegalen Schiebereien mit falsch deklariertem Atommüll zeigen: Selbst der hochgiftige Bombenstoff Plu-

onium, angeblich Milligramm für Milligramm scharf überwacht, kann der internationalen Kontrolle entzogen werden. Der Verlust an Vertrauen in die Sicherheit der Kerntechnologie, fürchten Beamte des Bonner Umweltministers Töpfer, ist „kaum abzuschätzen“.

In Washington traf CDU-Bundesumweltminister Klaus Töpfer nur auf freundliche Gesprächspartner. Der stellvertretende Energieminister William F. Martin lobte die deutschen Anstrengungen, mit dem Atommüll fertig zu werden. Und Lee Thomas, Chef der amerikanischen Umweltschutzbehörde, bewies sogar Detailkenntnis. In höchsten Tönen pries er die niedersächsische Erzgrube Konrad, die gerade als Endlager für schwach- und mittelaktiven Atomabfall hergerichtet wird.

Das transatlantische Lob versetzte den Minister, der deutsche Fortschritte bei der Entsorgung sonst eher skeptisch beurteilt, in Hochstimmung. „Auf diesem Feld sind die ja noch weniger weit als wir“, staunte er abends in der deutschen Botschaft und lud seine Gastgeber zum Lernen nach Deutschland ein.

Zurück in Bonn mußte Töpfer in der Weihnachtswache als erstes begreifen, daß er beim Umgang mit Atommüll selbst noch nicht ausgelernt hat. Was sein Ministerium während der Amerika-reise des Chefs nur mühsam über die tatsächlichen Entsorgungs-Methoden der deutschen Atomindustrie herausgefunden hatte, kommentierte der Minister als „ungeheuerliche Schlamperie“. Töpfer: „Die Grenze dessen ist erreicht, was man sich bieten lassen kann.“

Rechtzeitig zur Heimkehr des Ministers hatten die Chefs der Hanauer Atomfirma Transnuklear (TN), die 80 Prozent aller Transporte strahlenden Gutes in der Bundesrepublik abwickelt, in dünnen Worten „Unkorrektheiten bei der Entsorgung deutscher Kernkraftwerke“ eingestanden. Reaktorbetreiber, die radioaktive Abfälle in Belgien behan-



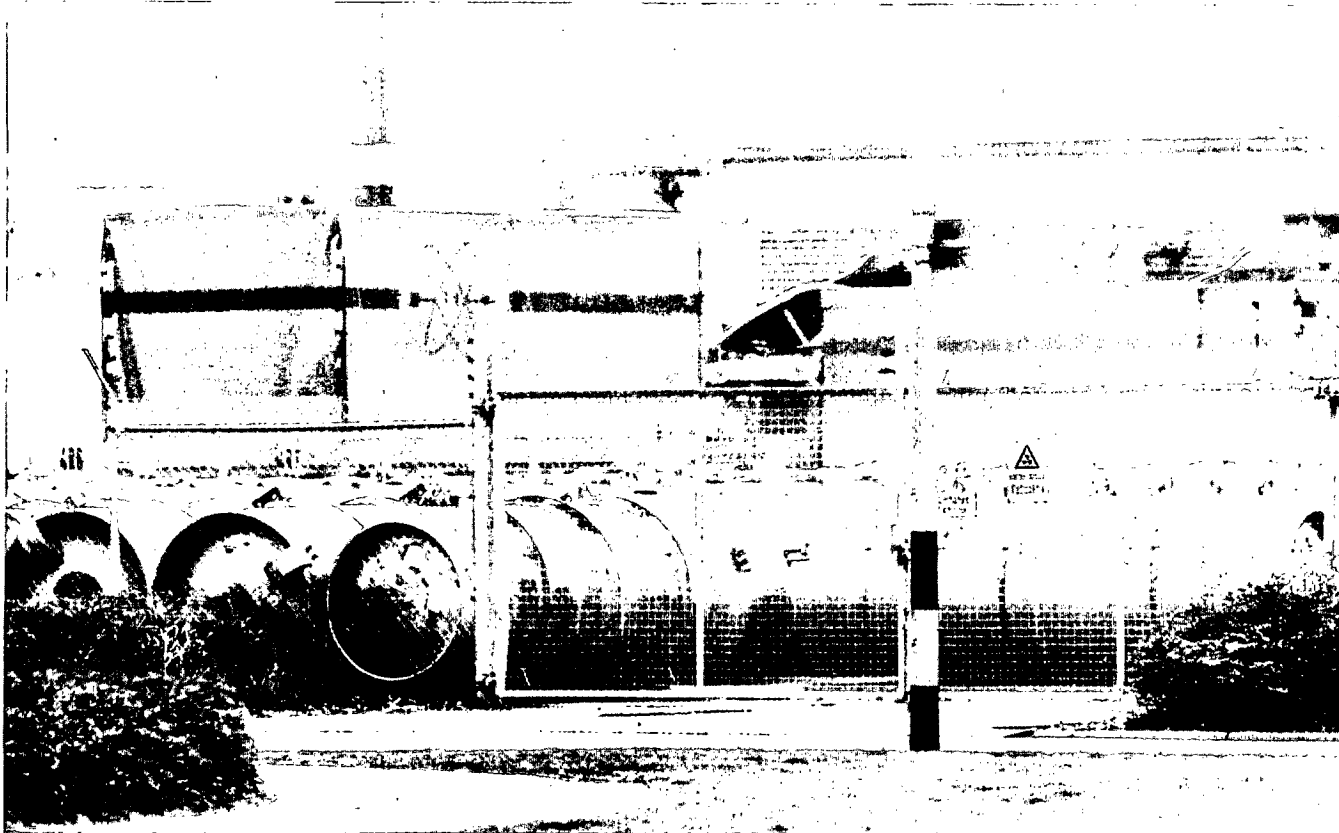
Gepanzerter Transnuklear-Transporter: „Unkorrektheiten bei der Entsorgung“

deln ließen, hätten „nicht ihre eigenen, sondern belgische Abfälle“ zur Zwischenlagerung zurückbekommen. Es handele sich, so die Offenbarung von TN, um etwa 350 Fässer.

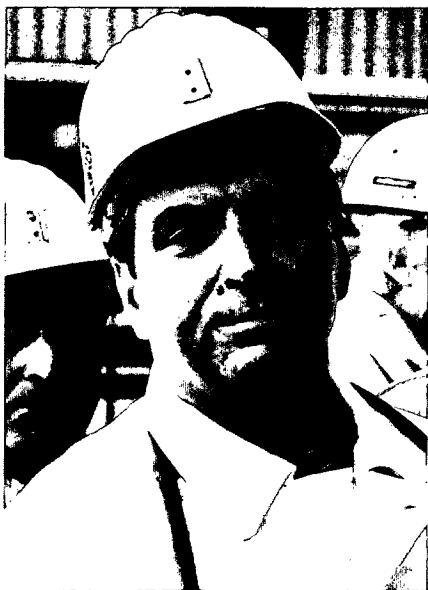
Das karge Kommuniqué löste schlagartig eine Lawine von Ermittlungen aus. Experten der Landeskriminalämter, von Töpfer in Marsch gesetzt, inspizierten sämtliche Lager mit strahlendem Abfall, Staatsanwälte durchforsteten Transportlisten, Beamte des Bundesumweltministeriums düsten nach Belgien.

Aus den 350 vermeintlich vertauschten Fässern waren letzte Woche 1089 geworden, und Transnuklear mußte einräumen, es könnten „genausogut 1200 bis 1400 werden“. Scheibchenweise erschlossen sich dem Umweltministerium und der Hanauer Staatsanwaltschaft immer neue Einzelheiten, die sich zum größten Skandal in der Geschichte der deutschen Atomindustrie verdichteten.

Hinter den „Unkorrektheiten“ beim Umgang mit „schwach- und mittelaktiven Abfällen“ verbargen sich



Hanauer Betriebsgelände von Transnuklear: Gebündeltes Bares aus der schwarzen Kasse



Umweltminister Töpfer*
„Ungeheuerliche Schlamperei“

- ▷ Hunderte von Transporten zwischen Deutschland und dem belgischen Atomforschungszentrum Mol (siehe Kasten Seite 20), deren Ladung stärker strahlte, als die Papiere aussagten – der Müll steht nun unbehandelt in Belgien;
- ▷ Hunderte von Gegentransporten in die Bundesrepublik, die angeblich behandelten deutschen Atom Müll

* Im August beim Besuch des Atom-Zwischenlagers Gorleben.

brachten, mit denen in Wirklichkeit aber die Belgier ihren Abfall loswurden;

- ▷ Schmiegelder über insgesamt 21 Millionen Mark, mit denen Transnuklear fast alle Beteiligten des illegalen Abfallkreislaufs bestochen hatte;
- ▷ eine noch unbekannte Menge der Strahlstoffe Plutonium und Kobalt, angeblich aus dem belgischen Reaktor BR-3, die jetzt, mit belgischem Abfall vermischt, als deutscher Müll in Deutschland lagert;
- ▷ eine Partie plutoniumverseuchtes Material aus einem deutschen Reaktor, die von Transnuklear mit leichtaktivem Abfall vermischt und heimlich nach Belgien verschoben worden sein soll.

Der Ernstfall, der nach den Versicherungen der Internationale der Atomindustrie gar nicht eintreten kann, ist da: Sogar Plutonium, der Stoff, aus dem die Bombe ist, konnte von internationalen Geschäftemachern der Kontrolle entzogen werden. Der beispiellose Umweltskandal hat das gesamte Entsorgungskonzept erst mal zunichte gemacht.

Ausgerechnet die Unternehmen, die sich verpflichtet hatten, gemeinsam mit der Regierung und in aller Sorgfalt dafür zu sorgen, daß der Atomabfall für mehr als 20 000 Jahre der Biosphäre entzogen wird, machten mit dem gefährlichen Gut Schiebergeschäfte wie Schrottthändler in der Nachkriegszeit. Der Vertrauensverlust, meinen Beamte aus Töpfers Ministerium, sei „kaum abzuschätzen“.

Der ehemalige grüne Umweltminister Joschka Fischer aus Hessen forderte umgehend einen Untersuchungsausschuß. Die „kriminelle Dimension“ der „Verfälschung“ weise eindeutig „Parallelen zu dem Fall Barschel in Kiel“ auf.

Nachdem Töpfer am Montag vor Weihnachten den Unterausschuß des Bundestages über die „Unregelmäßigkeiten“ informiert hatte, sprach der SPD-Abgeordnete Harald Schäfer von „Mafia-Methoden“ bei Transnuklear. CDU-MdB Paul Laufs forderte „mehr Kontrollen“ der Transporte, und auch der Freidemokrat Gerhart Baum, ehemals Bundesinnenminister, konzentrierte sich allein auf die Zustände bei Transnuklear: Erneute „Zuverlässigkeitsprüfungen des Personals“ müßten her.

Die Prüfung der im Atomgesetz vorgeschriebenen besonderen „Zuverlässigkeit“ der TN-Bediensteten hatte Töpfer längst angeordnet, zudem hatte er dem Unternehmen sofort sämtliche Transportgenehmigungen entzogen. Doch am Ende könnte sich der Kernkraftbefürworter Töpfer dazu gezwungen sehen, nicht nur Transnuklear von Amts wegen dichtzumachen. Denn die deutsch-belgische Atom-Connection, die strahlende Abfälle aus Deutschland heimlich auf belgischen Lagerplätzen verschwinden ließ, konnte nur funktionieren, weil die meisten deutschen Reaktorgesellschaften mitmischten.

Längst stellt sich Staatsanwälten in Belgien und Deutschland sowie einer eigens eingesetzten Untersuchungskom-

Das Kernforschungszentrum Mol

steckt schon seit längerem in wirtschaftlichen Schwierigkeiten und ist zum Teil stark veraltet.

In einem internen Untersuchungsbericht kritisiert die belgische Sonderabfall-Kommission vor allem die technischen Anlagen, in denen die deutschen Reaktorabfälle bearbeitet werden.

So stammen die Einrichtungen zur Behandlung nicht eindeutig identifizierten Atommülls, aber auch der Hochtemperaturofen zur Konditionierung der radioaktiven Abfälle und die Behälter zum Einlagern des flüssigen Abfalls aus den sechziger Jahren. Sie seien, heißt es, „kontaminiert und unter normalen Bedingungen schwer zu handhaben“. Die Anlage zur Verschweißung der Abfälle in Bitumen, die sogenannte Mummy (Baujahr 1960), sei „hinfällig“ und hätte längst ersetzt werden müssen. Außerdem seien die Verwaltungs- und Lagergebäude mit Isotopen von Radon und Radium verstrahlt.

Geld für die notwendigen Erneuerungen ist nicht vorhanden. Bei der Kooperation mit Transnuklear war das Kernforschungszentrum von Mol (CEN) offensichtlich zu allem bereit, um die Öfen genügend auszulasten.

Die Aufregung um den deutschen Atommüll bringt auch Belgien eigenes Atomprogramm wieder ins Gerede. Die Belgier beziehen fast 70 Prozent ihrer Energie aus insgesamt sieben Kernreaktoren. Und die sind, so enthüllt Yves de Wasseige in seinem Buch über „Das verborgene Gesicht der Atomindustrie“, weder auf dem neuesten technologischen Stand noch genügend vor Unfällen geschützt.

Im dichtbesiedelten Belgien gibt es keinen Standort, der den in USA zum Schutz der Bevölkerung erlassenen Vorschriften entspräche. Die Reaktoren in Tihange und Doel grenzen an die Ballungsgebiete von Lüttich und Antwerpen. Bei einem Unfall in Doel müßten 500 000 Menschen in einem Umkreis von 30 Kilometern evakuiert werden.

Besorgt beobachten die Niederländer das Laissez-faire ihrer Nachbarn. Die vier Reaktoren von Doel stehen nur wenige Kilometer von der holländischen Grenze entfernt. Trotz eines Streiks der 700köpfigen Belegschaft ließ die Elektrizitätsgesellschaft Ebes im vergangenen April die Zentrale vier Wochen lang auf vollen Touren laufen: mit einer Notbesatzung von 150 Angestellten und einigen angeheuerten Technikern, die bis zu 14 Stunden täglich arbeiten mußten.

Vergebens protestierten Politiker und Wissenschaftler gegen diesen Leichtsin. Erst als der holländische Umweltminister in Brüssel Einspruch erhob, wurden zwei Reaktoren vorübergehend abgeschaltet.

Zum Jahrestag von Tschernobyl verlangten die belgischen Elektrizitätsgesellschaften von der Regierung eine rasche Entscheidung über den Bau eines achten Reaktors („N 8“). Dabei wäre es zunächst einmal vordringlich, die bestehenden Anlagen auf den neuesten Stand der Sicherheitstechnik zu bringen.

Auf die ersten Enthüllungen um das Atomzentrum in Mol wurden der Leiter der Abteilung für Nuklearabfall, Norbert Vandevoorde, und sein Mitarbeiter Georges Dumont wegen passiver Bestechung entlassen.

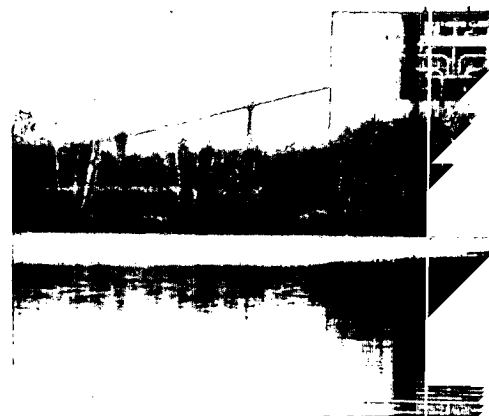
Aber schon zeichnet sich womöglich ein weiterer Skandal ab: Trotz schwerwiegender Bedenken im Brüsseler Außenministerium schloß Séverin Amelinckx, der Direktor der Anlage in Mol, ein Kooperationsabkommen mit Pakistan.

Auch die Amerikaner betrachten die Verbindung mit Mißtrauen. Pakistan weigert sich, den Atomwaffen-Sperrvertrag zu unterzeichnen, und wird verdächtigt, an der „Islamischen Bombe“ zu basteln.

Auf Kosten des defizitären Kernforschungszentrums sollen insgesamt 36 pakistanische Praktikanten in Mol arbeiten dürfen. Angesichts der finanziellen Probleme, argumentiert Amelinckx, müsse man zu solchen PR-Aktionen greifen, „um die wirtschaftlichen Beziehungen zu verbessern“. Mol hat in Pakistan ein Angebot für die Modernisierung des Kontrollzentrums im Kernreaktor Kanupp abgegeben. Angeblich soll sich die Zusammenarbeit zwischen Mol und Islamabad nur auf den zivilen Bereich der Kernenergie beschränken. Tatsächlich aber bestehen schon jetzt Kontakte zu pakistanischen Experten, die am militärischen Atomprogramm mitarbeiten.

„Ist die CEN wirklich gewappnet“, fragte das Wochen-Magazin „Le Vif Express“, „allen Versuchen zu widerstehen?“ Nach den Erfahrungen der letzten Monate wohl kaum.

Der Importstopp für den deutschen Atommüll verschärft nun noch die wirtschaftlichen Probleme in Mol. Jährlich rund 3,5 Millionen Mark hat das Atomzentrum für das dubiose Geschäft bisher offiziell verbucht – weit weniger als die Summen, die Transnuklear als Bestechungsgelder bezahlt hat.



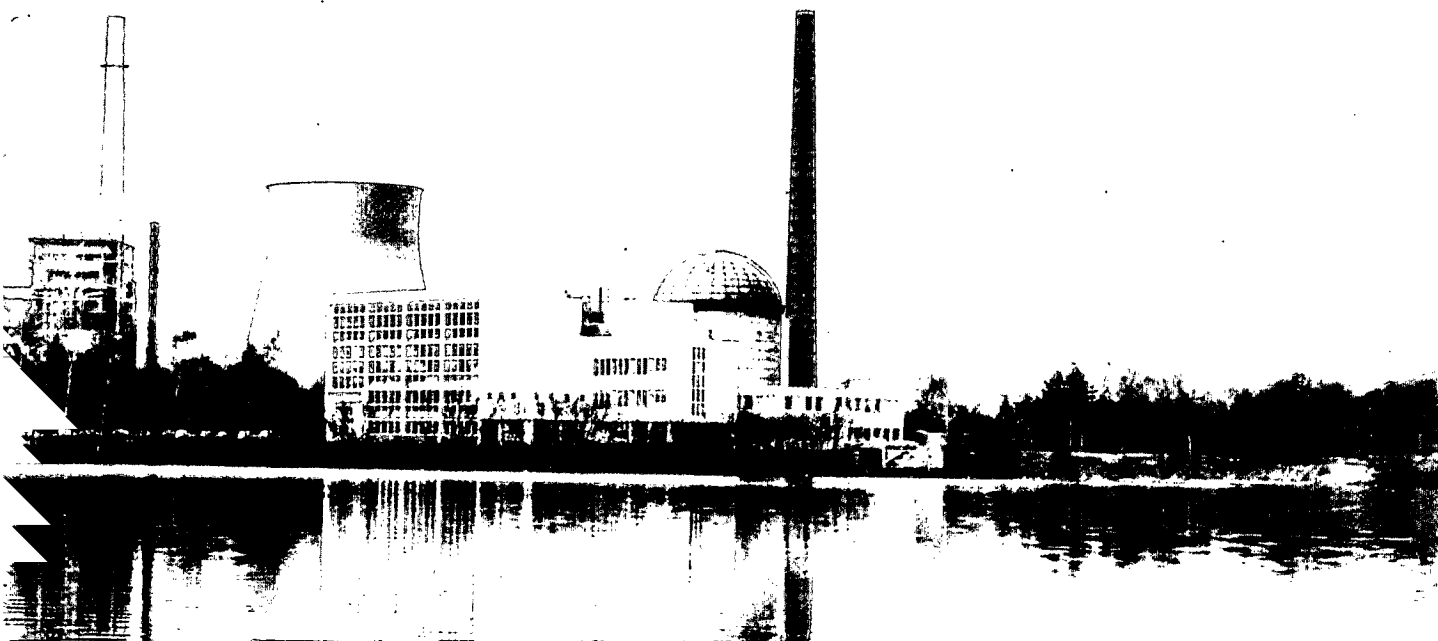
Belgisches Kernforschungszentrum Mol

mission des Brüsseler Energieministeriums die Entsorgung deutscher Kernkraftwerke von „leicht- und mittelaktiven Abfällen“ als eine „Maschinerie zur permanenten Geldvermehrung“ dar, so ein belgischer Ermittler. Und der Brüsseler Energie-Staatssekretär Firmin Aerts faßte die bisherigen Erkenntnisse zusammen: Die Umgehung sämtlicher Sicherheitsvorschriften sei „durch Schmiergelder erkaufte“.

Nach eigenem Eingeständnis von Transnuklear sind in den vergangenen fünf Jahren allein bei diesem Unternehmen, das zu zwei Dritteln der Hanauer Kernkraft-Firma Nukem und zu einem Drittel der französischen Nukem-Tochter Transnucléaire gehört, rund 21 Millionen Mark auf Bestechungskonten geflossen und in der Atomindustrie verteilt worden – rund zehn Prozent des Gesamtumsatzes. Der größte Teil des Geldes, 15 Millionen Mark, war durch Scheingeschäfte in Belgien gewaschen worden.

Dennoch verbuchte TN erkleckliche Gewinne. Das zeigt, welch exorbitant überhöhten Preise das Unternehmen für seine Dienstleistungen in Rechnung stellte. Ein Staatsanwalt in Hanau fragte sich schon lange, wieso die angeblich hart kalkulierende Atomindustrie „anstandslos bereit war, solche Mondpreise zu zahlen“.

Als der SPIEGEL im April erstmals über „Korruption im Kernkraftwerk“ (18/1987) berichtete, beeilten sich Atom-aufseher und Industrie mit der Versicherung, daß „Sicherheitsfragen nie tangiert waren“, so TN-Geschäftsführer Hans-Joachim Fischer. Der Manager, der bereits nach kurzer Amtszeit selber auf die ersten „Unregelmäßigkeiten“ in den Kassen der Firma gestoßen war und die Staatsanwaltschaft informiert hatte,



Schiebengeschäfte mit Plutonium und Atomabfällen, die der Biosphäre für 20 000 Jahre entzogen werden sollten

wiegelte ab: Nur „falsch verstandenes Firmeninteresse“ habe Mitarbeiter bewogen, Personen bei unseren Kunden Sach- beziehungsweise Geldzuwendungen“ anzubieten, um dem Unternehmen dauerhaft Aufträge zu sichern.

Auf der Suche nach dem Verbleib von zunächst sechs Millionen Mark Schmiergeldern – mehr war damals noch nicht bekannt – enthüllte sich den Strafverfolgern ein überraschendes Sittenbild der deutschen Atomindustrie: Mehr als hundert Mitarbeiter von Kraftwerksbetreibern hatten die Hand aufgehoben, sich mal mit neuen Autos beschenken, mal bei Bordellbesuchen freihalten lassen. TN lieferte aus einer schwarzen Kasse Küchen und Fernseher, gebündeltes Barres und auch schon mal die Querflöte für den Musikfreund.

Daß großes Geld mit dem – vergleichsweise billigen – Transport von „leicht- und mittelaktiven Abfällen“ verdient wurde, verblüffte die Ermittler. Denn von den gering verstrahlten Überbleibseln aus der Arbeit in Reaktorkernen – Handschuhe, Getränkedosen, Filter und leicht kontaminierte Flüssigkeiten – waren teure „Sicherheitsbelange nicht berührt“, wie TN zu Protokoll gab.

Noch unverständlicher erschien den Staatsanwälten im Frühjahr, daß der Kreis der Schmiergeldempfänger so groß war. Von den „Akquisitionserleichterungen“, wie die Bestechungsgelder TN-intern firmierten, hatten nicht nur jene Bediensteten profitiert, die in den Hauptverwaltungen der deutschen Stromkonzerne die Verträge und Preise mit Transnuklear aushandeln mußten. Auch die Strahlenschutz- und Sicherheitsbeauftragten vieler deutscher Kernkraftwerke standen auf der Schmiergeldliste von Transnuklear, obwohl sie keine

Entscheidungsbefugnis über die Geschäfte mit den Entsorgern hatten.

TN versicherte, die Kontrolleure im Sicherheitsbereich der Reaktoren seien nur „aus Gründen der Klimapflege“ (Fischer) bedacht worden. Dem Bonner Atomministerium des Christdemokraten Töpfer genügte diese Erklärung. Der Verdacht, daß Transnuklear gegen Geld und Geschenke die gefährlichen Transporte an allen Sicherheitskontrollen vorbeismuggeln konnte, wurde zunächst nicht untersucht.

Die christdemokratischen Bonner Atomaufseher wollten sich nicht ihr Bild von der menschenfreundlichen Atomindustrie zerstören lassen, die ihre Gewinn

ne verschenkt, wie es der entlassene TN-Manager Hans Holtz stets verbreitet hatte: „Wir machen keine Fernsehwerbung, wir schütten das Geld lieber direkt an unsere Kunden aus.“

Holtz nahm sich in der Woche vor Weihnachten in der Hanauer Justizvollzugsanstalt das Leben. Ihm war vorgeworfen worden, er habe aus dem Belgien-Geschäft der Transnuklear 15 Millionen der insgesamt 21 Millionen Mark Bestechungsgeld herausgewaschen.

Damit paßte den Strafverfolgern plötzlich ins Bild, warum auch Strahlenschutz in den Reaktoren am Geldsegen teilhatten: Die Kontrolleure mußten mit ihrer Unterschrift beglaubigen, daß der Inhalt der Abfall-Transporte nach und von Belgien mit den Ladepapieren übereinstimme – was offenkundig oft nicht der Fall war.

Aber auch die deutschen Kernkraftwerksbetreiber, Arbeitgeber der Bestochenen, profitierten von den belgischen TN-Geschäften. Die nämlich ersparten den Atomunternehmen hohe Kosten für die Entsorgung.

Denn die Bundesrepublik verfügt noch immer nicht über Endlager für radioaktive Abfälle. Bis zu deren Inbetriebnahme, frühestens 1995, müssen die leicht verstrahlten Abfälle eingekapselt („konditioniert“) und in Zwischenlagern bei den Reaktorgesellschaften aufgehoben werden. Sind deren Lager voll, gehen die Fässer ins Zwischenlager im niedersächsischen Gorleben – über die gewaltigen Kosten der sicheren Aufbewahrung von Atommüll will die Betreibergesellschaft, voll im Besitz der deutschen Elektrizitätswirtschaft, vorsichtshalber „nicht reden“.

Als das Lager Gorleben vor drei Jahren eröffnet wurde, rechneten die Be-



Transnuklear-Manager Fischer
„Aus Gründen der Klimapflege“

treiber damit, daß schon in den ersten drei Monaten mehr als 3000 Fässer voll strahlenden Abfalls anrollen würden. Doch bis heute sind gerade 1586 Fässer in der riesigen Lagerhalle gestapelt.

Der wundersame Schwund ist mit eine Folge der TN-Geschäfte. Die Spediteure hatten Anfang der achtziger Jahre mit dem belgischen Atomforschungszentrum Mol einen Vertrag geschlossen. Der Kontrakt verpflichtete das belgische Staatsunternehmen, innerhalb von vier Jahren bis zu 6500 Kubikmeter leicht- und mittelaktive Abfälle aus deutschen Reaktoren zu konditionieren und zurückzuschicken.

Auf ein Fünftel des Volumens, so priest Transnuklear seine Möglichkeiten mit Mol, könne der deutsche Abfall in Belgien reduziert werden – durch Verbrennen, Verdampfen und Pressen der Abfälle.

Weil sie riesige Kostenersparnisse hofften, prüften die deutschen Kernkraftunternehmen das Mol-Geschäft nicht weiter nach. Keine Gesellschaft wollte zur Kenntnis nehmen, daß die belgischen Anlagen, die allesamt aus den frühen sechziger Jahren stammen, selbst nach Darstellung der amtlichen belgischen Atomenergiekommission „völlig veraltet“ sind.

Transport auf Transport rollte aus deutschen Reaktoren nach Belgien, der Abfallkreislauf war bestens geschmiert: Strahlenschutzbeauftragte, von TN bestochen, fertigten die Fuhren großzügig ab. Ebenso großzügig wurden die Stoffe von der Abfallabteilung des staatlichen Atomforschungszentrums in Mol angenommen, die mit den Strahlenabfällen in Wahrheit gar nichts anzufangen wußte – auch deren Chefs waren von TN geschmiert, abwechselnd mit Autos und Bargeld. Die Bestochenen, der Abteilungsleiter und sein Vertreter, wurden im Herbst entlassen.

Auch der größte Teil des Schmiergeldes kam über Belgien in die schwarzen Kassen von Transnuklear. Absender war die Firma Smet-Jet, ein TN-Tochterunternehmen, das die deutschen Abfälle in Mol sortierte. Hanauer Staatsanwälte fanden heraus, daß Smet-Jet lediglich Leistungen von „allenfalls acht Millionen Mark“ erbracht, der Muttergesellschaft aber „circa 24 Millionen Mark“ in Rechnung gestellt hatte. Die zahlte anstandslos, erhielt aber im „Kick-back“, so ein Ermittler, das zu viel Gezahlte zurück.

„Alle deutschen Abfälle“, meint Hermann Spriet, neuer Abfallchef in Mol, „hatten eine zu hohe Strahlung“, konnten vielfach in Belgien nicht konditioniert werden. Tatsächlich nutzten deutsche Atomtechniker offenbar die Belgien-Connection, um schwer zu beseitigende Abfälle elegant loszuwerden.

So räumte Sönke Albrecht, Technischer Leiter des Kernkraftwerks Würzgassen, vergangene Woche ein, aus seinem Reaktor sei „Coreschrott“, also

„hochradioaktive Teile“ aus dem Reaktorkern, „nach Mol gelangt“. Der Techniker gab dabei unumwunden zu, mit dem Kernforschungszentrum Mol, das die heiße Fracht entsorgen sollte, habe aus Würzgassen „niemand Kontakt gehabt“, einzig „Transnuklear war unser Ansprechpartner“.

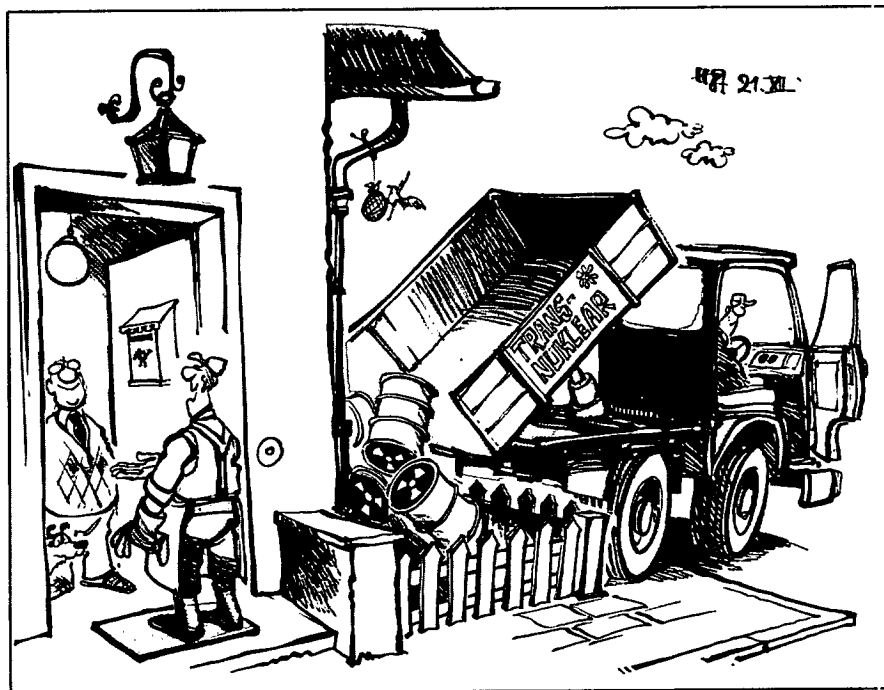
Derlei Praktiken geben neue Hinweise auf die mögliche Herkunft des Plutoniums, das derzeit, aus Belgien kommend, in den Zwischenlagern deutscher Kernkraftwerke ruht. Bislang vermutet die belgische Regierung noch, wie sie Umweltminister Töpfer übermittelte, es handele sich dabei um „Abfälle aus einer im Jahre 1977 durchgeführten Dekontamination des Primärkreislaufs“ beim belgischen Reaktor BR-3, neben dem Kernforschungszentrum Mol gelegen.

des TN-Mitarbeiters überzeugt hatte, gab in dessen Namen eine folgenschwere Erklärung ab:

Ich habe 1984 im Nuklearkern Hanau gearbeitet. Damals war ich Zeuge einer Besprechung in der Abteilung Radioaktive Abfälle der Firma Transnuklear.

Dort wurde über die Beseitigung von alphanuklearem Material aus einem deutschen Kernkraftwerk gesprochen, ohne hierzu die erforderliche behördliche Genehmigung einzuholen. Am Ende der Besprechung wurde der Vorschlag gutgeheißen, dieses Material einfach wie herkömmliche Mischabfälle zu deklarieren und dann mit den üblichen Transporten in die belgische Verbrennungsanlage nach Mol zu schicken.

Mir ist bekannt, daß hierzu anschließend eine entsprechende Absprache zwischen Herrn Bretag von Transnuklear mit dem Leiter der Verbrennungsanlage in Mol ge-



„Die Atom-Müllmänner wünschen ein gutes neues Jahr!“

Doch seit vergangener Woche spricht viel dafür, daß die deutsche Atomindustrie selber das Plutonium in den Abfall gemischt hat. Den ersten Hinweis gab, ohne Not, TN-Geschäftsführer Günther Lurf in einem Interview.

Allen Sicherheitsexperten sträubten sich die Haare, als sie von Lurf hörten, es könne „natürlich vorkommen“, daß Plutonium-Mengen („Alpha-Abfälle“) in den leichtaktiven Müll gelangen, und zwar, „wenn Brennelementschäden im Reaktor aufgetreten sind“.

Derartige Verniedlichung ließ einen ehemaligen TN-Mitarbeiter nicht mehr ruhen. Exakt einen solchen Fall, in dem TN stark plutoniumverseuchte Reste aus einem Brennstabschaden („alpha-kontaminiertes Material“) verschoben hatte, konnte der Mitarbeiter bezeugen.

Ein Frankfurter Anwalt, der sich zuvor von der Identität und der Sachkunde

troffen wurde. Auf dem Dienstweg wurde mir ferner bekannt, daß die Transporte wie vorgeschlagen in der falsch deklarierten Form abgewickelt wurden. Dabei entsprechen die Begleitpapiere nicht dem wahren Tatbestand, denn in ihnen fehlte jeder Hinweis auf die Kontamination.

Auf dem Lagerplatz von Mol stapeln sich noch heute 180 Container mit Strahlabfall aus Deutschland, der in Belgien „gar nicht behandelt werden konnte“ (Spriet). Zurückgesandt erhielten die deutschen Kraftwerke statt dessen, mit falscher Deklaration, zumeist weniger strahlenden Müll aus Belgien.

Eine überraschende Erklärung dafür, warum die deutschen Atomexperten mit Strahlenmessungen nicht sofort auf den Schwindel stießen, fand die Untersuchungskommission des Brüsseler Energieministeriums. War die Gesamtstrahlung des belgischen Mülls, der in die Bundesrepublik gehen sollte, niedriger

als die der vorangegangenen deutschen Lieferung, wurden die Fässer so lange in den benachbarten Atomreaktor BR-3 geschoben, bis die Werte übereinstimmten. „Bei dieser Geschichte“, meint Kabinettschef Jef van Wildemeersch vom Energieministerium, sei eben „alles möglich“.

Aber der neue Mol-Manager Spriet mag die Kollegen in der Bundesrepublik nicht ohne weiteres aus der Verantwortung entlassen: „Die deutschen Kernkraftwerke hätten auf die Reste gar nicht reinfallen dürfen, wenn sie ordentlich gearbeitet hätten.“ Die Lieferungen aus Belgien, so Spriet, hätten eine „ganz andere Nuklid-Zusammensetzung“ gehabt als die „vergifteten Geschenke“ (Energieministerium) aus Deutschland.

Der ursprüngliche Plan der Bonner Atomaufseher, zumindest die mit Plutonium verseuchten Fässer einfach nach Mol zurückzuschicken und damit das Problem vom Hals zu kriegen, taugt aus zwei Gründen nicht.

Zum einen ist der Inhalt etlicher Fässer mit radioaktiven Abfällen nach Erkenntnissen der Hanauer Staatsanwaltschaft „unzureichend konditioniert“ worden. „Indem lediglich Zementpulver auf die Oberfläche gestreut wurde“, ermittelten die Strafverfolger, „blieben Feuchtigkeitsreste in den Behältnissen“, die Gase entwickeln. Fässer blähen sich zum Teil auf, drohen zu explodieren. Ein Arbeiter in Mol wurde beim Aufschleifen einer solchen Tonne bereits schwer verletzt.

Zum anderen gibt es, zumindest für die plutoniumverseuchten Fässer, keinen Spediteur in Deutschland. Der einzige, der den Bombenstoff transportieren darf, ist die Firma Transnuklear – und die hat derzeit keine Genehmigung.

Lange wird Atomminister Töpfer den Transportstopp nicht durchhalten können. Beinahe täglich kommen an den Grenzen vertraglich vereinbarte Plutonium-Lieferungen an, die niemand abnehmen kann.

Das Problem ist dem Bund nicht ganz neu. Vor neun Jahren stauten sich einmal in Frankreich 600 Kilogramm Plutonium, das die Bundesrepublik vertraglich abnehmen mußte, aber mangels geeigneter Lager nicht ins Land holen konnte.

Das Bonner Innenministerium, seinerzeit noch für die Atomaufsicht zuständig, und die Hanauer Nuklearbetriebe einigten sich damals darauf, den gefährlichen Stoff heimlich in einem Nachbarland zu deponieren, ohne dessen Regierung zu informieren. Der Gefahr „diplomatischer Verwicklungen“, so steht es in einem Besprechungsprotokoll vom Oktober 1978, waren sich Atomaufseher und -manager dabei bewußt.

Den heimlichen Transport des Plutoniums ins ungenehmigte Zwischenlager besorgte damals die Firma Transnuklear. Die hintergangene Regierung war die des Königreichs Belgien.

„Den Bonnern Tantieme zahlen“

SPIEGEL-Reporter Jürgen Leinemann über die lachhafte Realität in Bonn

Nicht nur das „Dinner for one“, auch der feierliche Rückblick für alle gehört, wenn Sie so wollen, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, auf sehr eigene Weise zum erheiternden Jahresausklang des deutschen Fernsehens. Same procedure as every year, wir lachen uns krin-

gelig. Zum sechsten Mal wird Helmut Kohl, die Stirn feierlich in staatsmännisch dunkle Falten gelegt, ein helles Zierlächlein auf den Lippen, aus der Mitte seines Herzens das eindeutige Bekenntnis ablegen, daß es uns gleichsam gutgeht, sozusagen. Er wird uns diesmal zudem mit der immer wieder schönen Botschaft erfreuen, er habe die Herren Gorbatschow und Reagan veranlassen können, jene Pershing-Raketen, die er erst so tapfer gegen die Friedensbewegung auf-

stellte und dann so mutig für sie abräumte, endgültig zu verschrotten, ganz und gar und ohne Wenn und Aber.

Ach, es wird lustig werden am Silvesterabend, auch wenn die tumben Fernsehmenschen die Bänder diesmal nicht verwechseln, wir also nicht vor dem Kohl vom letzten Jahr sitzen.

Darbietungen dieser Art pflegen wir mit dem Begriff „Realsatire“ zu kennzeichnen; nicht wenige neigen dazu, das ganze politische Treiben am Rhein derart zu charakterisieren. Das heißt, daß wir es mit dem kabarettistischen Paukenschläger Wolfgang Neuss ablehnen, weiter über Kohl-Witze zu prusten. Wir lachen lieber direkt.

Jene mit den sozialistisch herabgezogenen Mundwinkeln haben ja immer



Kabarett-Opfer Kohl: „Vom Zustand der Union kann keine Rede sein“